

Für eine Kultur der Weiterbildung

Berufliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen werden immer wichtiger. Ein effizientes Weiterbildungssystem ist daher zentraler Bestandteil einer guten Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es gibt jedem Menschen die Möglichkeit, seine Fähigkeiten und Begabungen im Einklang mit dem technischen Fortschritt optimal zu entwickeln. Die Projektgruppe Weiterbildung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat daher Vorschläge entwickelt, wie Weiterbildung gestärkt werden kann. **Stand: 15. September 2020**

Das ist der aktuelle Stand:

Weiterbildung und Qualifizierung sind in den Zeiten der Digitalisierung mehr denn je Voraussetzung dafür, dass Menschen beruflich erfolgreich sind. Auf dem deutschen Weiterbildungsmarkt sind rund 22.000 Anbieter aktiv. Während die Vielfalt der Angebote grundsätzlich zu begrüßen ist, stellt die Unübersichtlichkeit viele Menschen vor Probleme. Oft fehlt es an Transparenz über Anforderungen, Aufwand, Abschluss und Nutzen der jeweiligen Möglichkeiten. Das ist einer der Gründe dafür, dass sich in Deutschland zu viele Menschen noch zu wenig weiterbilden. So nimmt etwa die Hälfte der Erwerbstätigen nicht oder nicht regelmäßig an Weiterbildungen teil.

Hinzu kommt, dass sich Unternehmen oft nur ab einer bestimmten Größe die Finanzierung von Weiterbildungsstrukturen leisten können. Kleine und mittlere Unternehmen verfügen meist über keine großen Personalabteilungen, um entsprechende Konzepte und Angebote für ihre Mitarbeiter zu entwickeln. Teilweise erhebliche Unterschiede im Weiterbildungsverhalten gibt es zudem zwischen Geringqualifizierten und Personen mit Hochschulabschluss, Arbeitslosen und Erwerbstätigen sowie Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Das ist bisher passiert:

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen hat der Deutsche Bundestag im Juni 2018 die Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ eingesetzt. Die Kommission setzt sich zusammen aus 19 Abgeordneten und 19 Sachverständigen aus Praxis, Verbänden und Wissenschaft. Sie soll ihren Abschlussbericht bis zum Sommer 2021 vorlegen. Im Juni 2019 haben Bund, Länder, Sozialpartner

und die Bundesagentur für Arbeit die Nationale Weiterbildungsstrategie beschlossen, bei der ebenfalls die berufliche Weiterbildung im Mittelpunkt steht. Im April 2020 haben wir zusammen mit dem Koalitionspartner weitere wichtige Weichen zur Bewältigung des Strukturwandels gestellt. Wir haben die mit dem Qualifizierungschancengesetz verbundene Weiterbildungsförderung vor allem mit Blick auf die Digitalisierung und die sonstigen Herausforderungen des Strukturwandels verbessert. Entsprechende Förderungen wurden insbesondere für Beschäftigte von kleineren und mittleren Betrieben zielgenauer ausgerichtet und besser handhabbar gemacht. Geringqualifizierte haben jetzt auch – wie in der Nationalen Weiterbildungsstrategie beschlossen – einen Anspruch zum Nachholen eines Berufsabschlusses.

Die Union hat mit MILLA („Modulares Interaktives Lebensbegleitendes Lernen für Alle“) das Konzept für eine nationale Weiterbildungsplattform erarbeitet. MILLA soll kostenlos sämtliche verfügbaren Weiterbildungsangebote bereitstellen und individuell für die Bedürfnisse der Nutzer sowie der Anbieter und Unternehmen anpassbar sein. E-Learning verbindet Flexibilität und erhöht so die Motivation. Darüber hinaus hat die Projektgruppe Weiterbildung Vorschläge entwickelt, wie in Deutschland Weiterbildung noch besser gefördert werden kann.

Das sind die nächsten Schritte:

Deutschland braucht eine neue Kultur der Weiterbildung, in der lebenslanges Lernen für möglichst alle Bevölkerungsgruppen selbstverständlich und als Chance begriffen wird. Das Weiterbildungsangebot muss sich den spezifischen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger in ihrer jeweiligen Lebenssituation anpassen.

Nötig ist ein transparentes System einheitlicher, zertifizierter und modularer Formate und Abschlüsse. Auch die Beratung der Menschen muss verbessert werden, um ihnen die richtige Entscheidung für ein Fortbildungsangebot zu erleichtern. Die herausragende Bedeutung von Weiterbildung für die berufliche Zukunft jedes Einzelnen, aber auch für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland muss noch stärker als Querschnittsaufgabe verschiedener Politikbereiche verstanden werden.

Die Projektgruppe Weiterbildung der Unionsfraktion macht folgende Vorschläge:

- Damit sich noch mehr Menschen fortbilden, soll das Aufstiegs-BAföG gestärkt werden. Der bisherige Zuschussanteil sollte von 40 auf 50 Prozent erhöht werden. Parallel dazu kann nach erfolgreichem Abschluss einer Prüfung das Darlehen noch umfangreicher als bisher erlassen werden. Zudem sollte beim Aufstiegs-BAföG ebenso wie beim BAföG für Studierende an Hochschulen der Darlehensanteil zinslos gestellt werden.
- Für Arbeitnehmer sollten Weiterbildungskosten steuerlich noch stärker als bisher berücksichtigt werden. Dazu kann die Abzugsfähigkeit bei Werbungskosten verstärkt werden. Des Weiteren wollen wir über Bildungssparen die Finanzierbarkeit der Weiterbildung besser unterstützen.
- Um Arbeitnehmern auch längere Phasen der Weiterbildung zu ermöglichen, sollten die Lebensarbeitszeitkonten verbessert werden, deren Verbreitung in kleinen und mittleren Betrieben gering ist. Aber auch Lernzeitkonten müssen entwickelt werden. Bürokratie und rechtliche Hürden sind abzubauen. Ein Instrument sind langfristige Bildungskonten, die von Betrieb zu Betrieb mitwandern.
- Wird ein Weiterbildungsbedarf jenseits der betrieblichen Weiterbildung festgestellt, sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen in der Verantwortung, diesem zu entsprechen. Dies soll gefördert werden, indem zukünftig Zuschüsse des Arbeitgebers zur Weiterbildung generell dann keinen Lohn oder geldwerten Vorteil darstellen, wenn sie der allgemeinen Beschäftigungsfähigkeit dienen. Die gleiche Forderung findet sich auch im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD und wird von der Unionsfraktion nachdrücklich unterstützt.
- Es muss Weiterbildungsprogramme für Menschen ohne Schulabschluss und ohne Berufsausbildung geben. Die Bundesregierung sollte ein umfassendes Nachqualifizierungsprogramm auflegen, das diesen Bevölkerungsgruppen neben fachlicher Qualifikation auch die notwendige Grund- und Allgemeinbildung vermittelt.
- Musikschulen sollten in Bezug auf geringe Einstiegshürden und flächendeckende Verfügbarkeit als Vorbild für neu zu schaffende Digitalschulen dienen, in der Menschen spielerisch und anwendungsorientiert Kenntnisse im Programmieren und der Informatik beigebracht werden.
- Ein regionaler Weiterbildungsatlas sollte digital und analog alle Träger und deren Maßnahmen der Weiterbildung in einer Region aufführen. Die Erstinformation übernimmt dabei ein Weiterbildungslotse.
- Das von der Union entwickelte Konzept MILLA („Modulares Interaktives Lebensbegleitendes Lernen für Alle“) sollte weiter vorangetrieben werden.
- Durch Weiterbildung erworbene Qualifikationen können durch technische Möglichkeiten wie der „Blockchain“ strukturiert, gespeichert und abgerufen werden. Dadurch wird ein sicherer und schneller Nachweis etwa gegenüber potenziellen Arbeitgebern möglich.